



## Gesund länger arbeiten – Gesund in Rente

Tagung der deutschen Sozialversicherung zum Forschungsbedarf für ein längeres gesundes Arbeiten.

7. und 8. Dezember 2006 in Berlin



### Vorwort zur Tagungsdokumentation

Eine zunehmende Beschäftigung älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und altersgemischte Belegschaften in Unternehmen werden die Arbeitswelt in den kommenden Jahren prägen. Ein längeres, gesundes Arbeiten, und damit der Erhalt der Erwerbs- und Beschäftigungsfähigkeit, ist dafür die entscheidende Voraussetzung. Am 7. und 8. Dezember 2006 haben die Spitzenverbände der Sozialversicherung in Deutschland eine Tagung zu dem Thema „Gesund länger arbeiten – Gesund in Rente“ durchgeführt.

Die Veranstaltung beschäftigte sich mit dem demografischen Wandel und dem sich daraus ergebenden Forschungsbedarf aus Sicht der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung sowie der Bundesagentur für Arbeit.

Auf der Veranstaltung wurden, aus verschiedenen Akteursperspektiven, Handlungsfelder und Forschungsbedarfe diskutiert, wie dieses Ziel erreicht werden kann.

Eröffnet wurde die Tagung durch den Präsidenten der Deutschen Rentenversicherung Bund **Dr. Herbert Rische**. Er hob in seiner Begrüßung die Bedeutung der Forschung als Basis für eine sachgerechte und nachhaltige Anpassung der Sozialversicherungssysteme an sich verändernde Rahmenbedingungen hervor.

**Dr. Doris Pfeiffer**, Vorstandsvorsitzende des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen betonte in ihren Ausführungen die Chancen im Rahmen der Kooperation Erfahrungen auszutauschen um langfristig belastbare Strategien zur Weiterbeschäftigung älterer Arbeitnehmer zu entwickeln.

In seinem Grußwort machte der **Staatssekretär** des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, **Franz Thönnies** deutlich, dass das Thema ganz oben auf der politischen Tagesordnung in Deutschland steht. Die Rolle der Arbeit ist über die Funktion der Erwerbsicherung zu erweitern. Arbeit heißt auch Teilhabe am sozialen Leben. Die Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit und der Erhöhung der Beschäftigungsquote Älterer stellen für Deutschland die zentralen Fragen im Hinblick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit dar. Der Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA), an der auch alle Sozialversicherungsträger beteiligt sind, kommt von daher eine besondere Bedeutung zu.

**Prof. Hans Fehr** von der Universität Würzburg behandelte in seinem Vortrag die Frage, welchen Einfluss die Fertilität und die Lebenserwartung auf die Entwicklung der individuellen und gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität haben. Insgesamt ist von einem Sinken der individuellen Produktivität und geringeren Wachstumsraten auszugehen, so sein Fazit.

In ihren Statements machten die Vertreter der Sozialversicherung deutlich, wo aus ihrer Sicht Forschungsbedarf besteht. **Dr. Axel Reimann** von der Deutschen Rentenversicherung Bund sieht den Forschungsbedarf in den Bereichen Alterssicherung als auch in der Rehabilitation und Teilhabe am sozialen und beruflichen Leben. So stellt sich beispielsweise aus Sicht der Rentenversicherung die Frage nach den Faktoren, die auf den Zeitpunkt des Erwerbsaustritts und des Renteneintritts einwirken. Welche Rolle spielen hierbei gesundheitliche, betriebliche, finanzielle aber auch personelle Einflussfaktoren? Neben der Alterssicherung stellt die Rehabilitation das zweite Feld dar, in dem Forschungsbedarf zu sehen ist. Axel Reimann vertrat die Auffassung, dass die Frage geeigneter Berufskarrieren für ältere Beschäftigte intensiver zu untersuchen sei. **Dr. Ulrich Walwei** vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit sieht Forschungsbedarf insbesondere hinsichtlich der Determinanten der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer, vor allem beim betrieblichen Einstellungs- und Entlassungsverhalten, der Stärkung der Arbeitsanreize für ältere Erwerbspersonen sowie der Effektivität und Effizienz der hier interessierenden Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik. Auch der Zusammenhang von zunehmender Lebenserwartung, Morbidität und Arbeitsmarktpartizipation sei näher zu beleuchten. Für die gesetzliche Unfallversicherung hob **Dr. Joachim Breuer** den Branchenbezug hervor, da je nach Branche unterschiedliche Belastungskonstellationen beste-

hen. Es seien spezifische Ansätze in Kooperation aller Beteiligten, auch der Unternehmen, notwendig. Das Ziel, dass die Beschäftigten gesund länger arbeiten können, erfordert auch deren kontinuierliche Qualifizierung. **Rolf Stuppardt** vom IKK Bundesverband wies für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) auf die deutliche Zunahme von psychischen Erkrankungen hin. Die gesetzliche Krankenversicherung erkenne hier Handlungsbedarf, den sie im Rahmen eines gemeinsamen arbeitsweltbezogenen Präventionszieles angehen werde. Rolf Stuppardt stellte weiter die steigenden Ausgaben der GKV für Präventions- und betriebliche Gesundheitsförderungsmaßnahmen dar. Seiner Auffassung nach müssen die Aktivitäten gerade in kleinen und mittelgroßen Unternehmen verstärkt werden. **Dr. Georg Greve** von Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See sieht neben der Prävention auch die Integrierte Versorgung und das Disease Management als einzubeziehende Forschungsfelder. Bei allen geplanten Maßnahmen dürfe aber auch die Finanzierbarkeit nicht vergessen werden.

Beispiele für erfolgreiche Projekte stellten Vertreter der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeber, der Berliner Stadtreinigung und der Bertelsmann Stiftung dar. Besonders anschaulich zeigte **Andreas Scholz-Fleischmann** von der Berliner Stadtreinigung die betrieblichen Aktivitäten zur altersgerechten Arbeitsgestaltung und zur Integration leistungsgewandelter sowie älteren Beschäftigten in neue Dienstleistungen.

Chancen, Erwartungen und Erfahrungen der Sozialversicherung, der Sozialpartner und der Wissenschaft zum demografischen Wandel wurden im Abschlusspodium diskutiert. **Prof. Dr. Knappe** von der Universität Trier hob insbesondere die Finanzierung der Systeme der sozialen Sicherung als wichtiges Handlungsfeld hervor. V. a. in der Krankenversicherung sind Anreize für Kostenreduktionen von elementarer Bedeutung. Betriebe und Rehabilitationsträger können seiner Auffassung nach nur wenig dazu beitragen, um die Kostenentwicklung abzdämpfen. **Dr. Herbert Rische** von der Deutschen Rentenversicherung Bund setzte dagegen, dass zur Bewältigung der demografischen Herausforderungen nicht allein die Sozialsysteme beitragen können. Auch die Betriebe seien gefordert, um an der Lösung mitzuarbeiten. **K.-Dieter Voß** vom BKK Bundesverband vertrat die Auffassung, dass der demografische Wandel als zentrales Thema die Betriebe in Kürze erreichen wird. Unternehmen, in denen bereits etwas unternommen wird, gibt es bereits. Als Beispiele nannte er Daimler Chrysler AG, die Bertelsmann AG als auch die Metro AG. Er schlägt vor, flexible Arbeitszeitmodelle weiter auszubauen, um ältere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen länger und gesund in den Betrieben zu halten. **Johann-Magnus Freiherr von Stackelberg** vom AOK Bundesverband betonte, dass die Krankenversicherungen generell ein großes Interesse an der Erhaltung der Arbeitsfähigkeit ihrer Mitglieder

haben. Auch er hält es für erforderlich, dass die Problematik der demographischen Entwicklung in die Betriebe hineingetragen wird. **Prof. Dr. Hartmut Weber-Falkensammer** vom Bundesverband der Unfallkassen führte an, dass das Bewusstsein für die Problematik steigen wird, und dass sich Handlungsfelder zwangsläufig aus der Praxis entwickeln werden. Die bisherigen Forschungsergebnisse haben einen hohen Stand an Wissen generiert. Notwendig ist, dass sie in ihrer Vielfalt gesichtet und für die Praxis nutzbar gemacht werden. **Alexander Gunkel** von der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeber schlug vor, die Frühverrentungsanreize allgemein und speziell auch in Tarifverträgen abzubauen. Auf der betrieblichen Ebene sieht er die Notwendigkeit, die Prävention zu verbessern und auch älteren Arbeitnehmern verstärkt Möglichkeiten zur Weiterbildung anzubieten. **Dr. Heinz Stapf-Finé** vom DGB erwähnte fünf Anknüpfungspunkte, auf die in Zukunft das Augenmerk stärker gerichtet sein muss: Schaffung eines zweiten Arbeitsmarktes, Einführung flexiblerer Arbeitszeiten, Anwendung des Arbeitsschutzgesetzes, Reformierung der Erwerbsminderungsrente, sowie Verstärkung der Weiterbildungsmöglichkeiten. **Gerald Weiß**, MdB ging insbesondere auf die aktuellen Gesetzgebungsvorhaben zur gesetzlichen Unfallversicherung sowie zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung ein, um für die demographische Entwicklung einen entsprechenden ordnungspolitischen Rahmen zu schaffen.

Am zweiten Tag wurden mögliche Handlungs- und Forschungsthemen in vier Workshops diskutiert. Beim Thema betriebliche Arbeitsorganisation und Personalentwicklung zeigte sich, dass für Arbeitszeitmodelle ein hoher Handlungsbedarf auf der Betriebsebene besteht. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf dem Transfer in die Unternehmen, wobei ein abgestimmtes Vorgehen der Sozialversicherungen notwendig sei. Forschungsbedarf im Handlungsfeld Prävention und Gesundheitsförderung für ältere Beschäftigte wurde darin gesehen, wie das Thema in die Betriebe gebracht werden und wie Nachhaltigkeit gesichert werden kann. Gesundheitsförderung und Prävention müssen dabei schon bei den jüngeren Beschäftigten ansetzen. Fort- und Weiterbildung wurden als weiteres wichtiges Forschungsthema gesehen, wobei hier die Umsetzungsforschung in den Betrieben als Schwerpunkt identifiziert wurde. Eine offene Frage bleibt auch die Finanzierung der Weiterbildung. Wer bezahlt diese: der Beschäftigte, das Unternehmen oder ein anderer Träger? Auch im Themenfeld Rehabilitation und Eingliederungsmanagement stand die Fragen nach der Umsetzung im Vordergrund. Handlungsbedarf wird bei der Ansprache der Unternehmen und der Beschäftigten gesehen.

Zusammenfassend lässt sich erkennen, dass die Sozialversicherungsträger eine Vielzahl von Aktivitäten in den letzten Jahren durchgeführt haben, die allerdings nicht systematisch ausgewertet worden sind. Die Tagung, als Forum für einen Informati-

onsaustausch, hat sich als geeignet erwiesen und sollte wiederholt werden. Die verschiedenen Fachdisziplinen innerhalb der Sozialversicherungszweige haben damit einen interdisziplinären Diskurs begonnen.

Am Ende der Tagung blieben Fragen offen oder wie es Dr. Reimann treffend in seinem Statement formuliert hat: „Ich vermute, dass am Ende der Tagung mehr Fragen offen sind als zu Anfang, aber auch das würde uns weiter bringen, denn die Forschung wird vorangetrieben von guten Fragen.“

Die Veranstaltungsorganisatoren

Autoren: Jürgen Wolters BKK Bundesverband  
Peter Lemke, Bundesverband der Unfallkassen